

Markierungen zum Selbstverständnis der DVPB

von Dirk Lange

Prof. Dr. Dirk Lange, Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, formulierte in seiner Begrüßungsrede bei der Eröffnung des 11. Bundeskongresses für Politische Bildung in Halle am 12. März 2009 zentrale Positionen der DVPB.

Polis dokumentiert die Rede:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Böhmer,
sehr geehrter Herr Präsident Krüger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung möchte ich Sie ganz herzlich zu unserem 11. Bundeskongress für Politische Bildung in Halle begrüßen!

Er steht dieses Jahr unter dem Motto „Entgrenzungen“.

Vor 20 Jahren läutete eine Entgrenzung eine historische Zäsur ein. Der Fall der Berliner Mauer ist zu einem Symbol für einen Zeitenwandel geworden, der bis heute anhält. Seitdem haben Entgrenzungen tief greifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungen für Deutschland, für Europa und für die Welt zur Folge gehabt.

Das Kongressprogramm thematisiert verschiedene Dimensionen der Entgrenzung. So ging die innerdeutsche Entgrenzung mit dem Prozess der europäischen Integration und einem globalen Bedeutungsverlust von Nationalgrenzen einher. Außerdem wird nach den sich verschiebenden Grenzen des Menschseins oder zwischen Privatheit und Öffentlichkeit gefragt.

Gleichzeitig macht die Aufweichung alter Grenzen neue Formen sozialer Einhegung sichtbar. Welche Herausforderungen eröffnen sich dabei für die deutsche Einwanderungs-, die europäische

Integrations- und weltweite Migrationsgesellschaft? Das sind Fragen, die in den Sektionen und Workshops der nächsten beiden Tage diskutiert werden. Auch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wird Thema sein. Sie macht sichtbar, dass Entgrenzungen und neue Eingrenzungen auch zukünftig Merkmale des gesellschaftlichen Wandels sein werden.

Für die Politische Bildung stellt sich die Frage, wie sich die Entgrenzungen auf die Handlungsspielräume der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Wie wird der gesellschaftliche Wandel interpretiert und welche Orientierungen eröffnen sich darin? Und: Wie kann Politische Bildung eine mündige Bürgerschaft in der sich wandelnden Gesellschaft befördern?

Gleich nach 1989 wurden wir mit Theorien konfrontiert, die das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) behaupteten. Darin erschienen die Demokratie und das westliche Wirtschaftsmodell als ein konkurrenzloses System. Es stellte sich nur die Frage, mit welcher Dynamik es sich über den Globus verbreitern würde.

Wissenschaftlich waren solche Positionen spätestens seit dem 11. September 2001 nicht mehr haltbar.

Von Seiten der Politik hören wir aber leider noch viel zu häufig: „Die Demokratie ist doch heute gefestigt. Wozu brauchen wir dann noch so viel Politische Bildung?“

Mit dieser Argumentation sind wir immer wieder konfrontiert, wenn Kürzungsmaßnahmen im Bereich der Politischen Bildung gerechtfertigt werden.

Sei es

- die Schließung einer Landeszentrale,
- die Reduktion von Stundenanteilen an der Schule
- die Zusammenlegung mit anderen Fächern,

- die Nicht-Mehr-Wählbarkeit der Politischen Bildung als Abiturfach,
- der Abbau von Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus oder
- die Kürzung bei Programmen der Demokratiepädagogik

Aber die Argumentation ist falsch. Die Demokratie stellt *nicht* den Regelfall der Geschichte dar. Sie ist ein historischer Sonderfall. Demokratie ist keine „natürliche“ Form der Vergesellschaftung. Sie muss immer wieder neu belebt und erlernt werden. Und genau das leistet die Politische Bildung.

Demokratisches Bewusstsein wächst nun mal nicht von selbst. Es muss an den Herausforderungen einer Zeit aktualisiert werden. Deshalb bieten wir in der Politischen Bildung Reibungsflächen an, die kontrovers zu den politischen Vorstellungen der Teilnehmenden sind. Politisches Lernen kann nur aus einer reflektierten Kritik und einer rationalen Urteilsbildung hervorgehen.

Dieses Kontroversitätsprinzip ist der Grund, weshalb wir uns als DVPB so vehement gegen Initiativen zu Wehr setzen, die ein *marktaffines* Unterrichtsfach Ökonomie aus der Politischen Bildung herauschneiden wollen. Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Bedeutung des Lernfeldes Wirtschaft. Es ist seit jeher Bestandteil der Politischen Bildung.

Aber: Nicht Meinungen und Ideologien, sondern Urteile und Kontroversen müssen das Unterrichtsgeschehen leiten – auch im ökonomischen Lernfeld!

Einige gesellschaftliche Interessengruppen – die Ökonomische Bildung als ein politisches Projekt verstehen¹ – wollen aber nicht *über* die Wirtschaft, sondern *für* die Wirtschaft unterrichten. Es geht Ihnen um Akzeptanzgewinn *für* und nicht um Urteilsbildung *über* die Möglichkeiten des Marktprinzips.

Im Kontext der Wirtschaftskrise werden diese Gruppierungen aber weiter an Argumentationskraft verlieren. Die Ursachen, der Verlauf und die Wirkungen der heraufziehenden Krise zeigen allzu deutlich: Politik und Wirtschaft sind zwei wechselseitig aufeinander bezogene und miteinander verflochtene Systeme. Deshalb müssen sie auch innerhalb der Politischen Bildung unterrichtet werden.

Wie das Fach der Politischen Bildung heißt – sei es Politik, Sozialwissenschaften, Sozialkunde, Gesellschaftslehre, Politische Bildung oder Politik-Wirtschaft ist letztlich egal. Wesentlich ist *erstens*, dass die Prinzipien der Politischen Bildung – das Verbot der Überwältigung, das Gebot der Kontroversität und die Befähigung zur Partizipation – zu Grunde gelegt werden.

Und wesentlich ist *zweitens*, dass Politische Bildung an jeder Schulart und in jeder Klassenstufe als eigenes Fach mit zwei Unterrichtsstunden auf der Stundentafel steht.

Das sind zwei Kernforderungen der DVPB. Diese durchzusetzen ist in den vergangenen Jahren nicht einfacher geworden. Die Schulpolitik nach PISA hat die Politische Bildung auf das Abstellgleis geschoben. Verantwortlich dafür sind die von einer internationalen Interessenorganisation (der OECD) deklarierten drei wesentlichen Bildungsbereiche der Schule: Mathematik, Spracherwerb und Naturwissenschaften. Die Politische Bildung und der gesamte gesellschaftswissenschaftliche Bildungsbereich spielen für die PISA-Studien keine Rolle. Die Länder nutzen zur Messung des Erfolgs ihrer Bildungspolitik also einen Indikator, für den das Bürgerbewusstsein und die politische Kompetenz der Schülerinnen und Schüler irrelevant sind.

Wir können diesen Ausschluss aus dem Kernbereich des Bildungskanons nicht akzeptieren. Als Politische Bildnerinnen und Politische Bildner müssen wir darauf dringen, dass der gesellschaftswissenschaftliche Bildungsbereich wieder voll gewichtet wird. Er muss in Bedeutung und Umfang den Naturwissenschaften gleichgesetzt werden.

Wenn wir in der Nach-PISA-Zeit erfolgreich sein wollen, müssen wir aber auch unser empirisches Wissen über politische Bildungsprozesse verbreitern. Hierzu benötigen wir an den Hochschulen, die Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, Professuren für die Didaktik der Politischen Bildung, die auch forschungsfähig ausgestattet sind. Das ist noch lange keine Selbstverständlichkeit.

In diesem Kontext unterstützt die DVPB auch die Initiative für ein Institut

für die Didaktik der Demokratie, die von einigen Abgeordneten des Deutschen Bundestags ausgegangen ist. Es müsste seine Kernaufgabe in der didaktischen Forschung haben. Deshalb wäre das Institut auch keine Konkurrenz zur erfolgreichen Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung. Vielmehr könnte es dazu beitragen, dass wir als Politische Bildung möglichst bald wieder als zentraler Bildungsbereich zur Kenntnis genommen werden.

Eine demokratische Kultur und eine aktive Zivilgesellschaft sind das Rückgrat einer demokratischen Ordnung. Zur politischen Selbstbestimmung bedarf es mündiger Bürgerinnen und Bürger. Indem die Politische Bildung diese bildet, leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt und zur Entwicklung der Demokratie.

In Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine vitale und vielfältige Politische Bildungslandschaft etabliert, die auf unterschiedlichen Wegen das gleiche Ziel verfolgt. Sie reicht

- von der Schule bis zu den Freien Trägern.
- vom Politikunterricht bis zur Demokratiepädagogik.
- von zivilgesellschaftlichen Initiativen bis zu staatlichen Programmen.

Dies alles spiegelt sich in dem Programm des 11. Bundeskongresses zur Politischen Bildung wieder, das Sie in Händen halten.

Ich hoffe, dass Sie alle darin theoretische und praktische Anregungen finden, die Sie in Ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet umsetzen können.

In jedem Fall wünsche ich Ihnen eine an- und aufregende Zeit auf unserem 11. Bundeskongress zur Politischen Bildung in Halle!

Anmerkung

- ¹ Vgl. Reinhold Hedtke, Wirtschaft in die Schule?! – Ökonomische Bildung als politisches Projekt, in: GWP, H. 4/2008.